

Aber es gibt ja einen gewissen Schutz für die Bevölkerung. Auch wenn eine Sturmflut, ein Zyklon, selber nicht zu verhindern ist, können ja präventive Schutzmaßnahmen getroffen werden, um den Menschen im Falle einer Sturmflut so viel Schutz wie möglich zu geben. Und der größte Schutz ist ein sogenannter Cyclone-Shelter. Aber davon müßte es viel mehr geben. Auch die Wiederaufforstung der Küstenregion wäre sicherlich notwendig. Sehe ich das richtig?

Qazi Faruque Ahmed/'Proshika': Organisationen wie 'Proshika' sind tätig in diesem Bereich. Wir bauen zum Beispiel Cyclone-Shelter oder auch Schutzdeiche entlang der Küste und sind auch an Wiederaufforstungsmaßnahmen beteiligt. Aber das ist jedoch nicht genug. Es muß insgesamt der politische Wille vorhanden sein, etwas zu unternehmen, Ressourcen sind da garnicht einmal so wichtig, weil die angesprochenen Maßnahmen nicht so teuer sind, jedoch sehr viele Menschenleben retten können. Nehmen wir die letzte Sturmflut vom April 1991: Die Leute, die sich in die Cyclone-Shelter retten konnten, überlebten.

Zu einem ganz anderen Thema: Wie einfach ist es eigentlich jetzt unter der neuen Regierung, als NGO zu arbeiten. Können Sie einmal Ihre Erfahrungen aufzeigen und Vergleiche zur Ershad Zeit machen?

Qazi Faruque Ahmed/'Proshika': Bis vor ungefähr einem Monat hätte ich Ihnen noch gesagt, daß sich einiges verbessert hätte. Aber jetzt kann ich das nicht mehr sagen.

Was ist denn innerhalb der letzten Wochen passiert?

Qazi Faruque Ahmed/'Proshika': Die NGOs werden derzeit von der Regierung schwer attackiert. Die Regierung behindert zum Beispiel deren Arbeit, sie holt Erkundigungen über NGOs ein usw. Wir sind uns aber noch nicht ganz sicher, ob es sich dabei um eine Veränderung der Politik der

Regierung gegenüber NGOs allgemein handelt oder ob letztendlich die Bürokratie dafür verantwortlich ist. Aber wir werden Gespräche mit der Regierung führen, um dies herauszufinden. Eigentlich würden wir uns von der demokratisch gewählten Regierung wünschen, wenn sie die NGOs als Verbündete ansieht. Zum Beispiel hätte die Regierung ohne die Arbeit der NGOs im April letzten Jahres sicherlich auf verlorenem Posten gestanden. Viele Hilfsmaßnahmen für die Opfer der Sturmflut sind von den NGOs koordiniert und geleistet worden. Dies zeigt einmal mehr, daß Wahlen nicht unbedingt auch zur Demokratie führen. Gerade innerhalb der Bürokratie gibt es noch viele Kräfte, die aus der Zeit der Militärregierung stammen. Und diese Kräfte sind an Veränderungen garnicht interessiert, weil es ihnen unter dem alten Regime sehr gut ging.

Khushi Kabir/'Nijera Kori': Ich möchte hier keine Vergleiche mit dem alten Regime anstellen. Unter dem autokratischen Regime hatten die NGOs Probleme. Die allgemeine Situation war sehr schlecht, was ja dazu führte, daß die Regierung Ershad vom Volk gestürzt wurde und das Land anschließend die fairsten und freiesten Wahlen sah, die jemals durchgeführt wurden. Unsere Erwartungen an die neue Regierung war natürlich sehr groß und wir sind deshalb vielleicht momentan so enttäuscht, weil wir diese großen Hoffnungen auf Veränderungen hegten. Früher standen wir unter großem Druck was dazu führte, daß wir unsere Erwartungen immer zurückschraubten. Wir wußten, daß wir nicht viel von einem autokratischen Regime zu erwarten hatten. Nun haben wir eine demokratisch gewählte Regierung und wir gehen davon aus, daß wir nun auch offen Kritik üben können und die Regierung uns anhört. Die Situation derzeit ist, daß eine ganze Reihe von NGOs große bürokratische Probleme haben. Ich weiß aber noch nicht, ob es eine Order der Regierung diesbezüglich gibt oder ob die Bürokraten Schuld sind.

Keine negativen Auswirkungen durch FAP-Projekt

Während zahlreiche Nichtregierungs-Organisationen den 'Flood Action Plan' (FAP) kritisieren, hält die Weltbank weiterhin an dem Projekt fest. Philip Gain von der Wochenzeitschrift 'Dhaka Courier' sprach mit Ross Wallace, dem vor Ort ansässigen 'Flood Control Coordinator' der Weltbank, um den Standpunkt der Weltbank und der Geberländer bezüglich der Kontroversen kennenzulernen. Ross Wallace arbeitete die letzten vier Jahre in Bangladesh als Landwirtschaftsexperte. Auszüge:

Wenn man den Plan unter Umweltaspekten betrachtet, zu welcher Kategorie der Weltbankprojekte gehört der FAP? Welche Umwelteinflüsse sind bisher in Betracht gezogen worden?

Jede Arbeit innerhalb des FAP verlangt eine Bewertung des Umweltaspektes. Die Hauptgeberländer haben ihre eigenen Maßstäbe an den Umweltschutz gestellt. Die durch die Weltbank festgesetzten Maßstäbe an den Umweltschutz werden hauptsächlich von der Umweltschutzabteilung der Weltbank in Washington festgelegt. Dieser ist durch die Umweltschutzabteilung unabhängig entschieden worden. Generell gesagt, die Weltbank teilt ihre (Investitions-)Projekte in drei Kategorien - erstens in jene, die keine Umweltschutz-Bewertung verlangen, zweitens, jene, die eine teilweise Umweltschutz-Bewertung verlangen und drittens, diejenigen, die die volle Bewertung des Umweltschutzgedankens verlangen. Diese Kategorien werden 'C', 'B' und 'A' genannt. Der FAP fällt wahrscheinlich in die Kategorien 'A' und 'B'.

Im Noakhali North Projekt wird es voraussichtlich eine Menge hoher Eindeichungen geben. Folglich wird es automatisch als Kategorie 'A' Projekt eingestuft werden und würde die volle Umweltschutzbewertung erfahren.

Wie betrachten Sie die gegen den FAP gerichtete Kritik?

Es gibt sicherlich einige konstruktive Kritik. Wie auch immer, es gibt einige Kritiker, die sagen, der FAP sei ein Unglück für Bangladesh und würde nichts als Schaden bringen. Der FAP ist ein Programm, um den Einfluß der Fluten und Katastrophen auf das Volk von Bangladesh zu lindern. Die Premierministerin hat ihn auf der Märzkonferenz des FAP gutgeheißen und 16 der Hauptgeberländer Bangladeshs haben ihn auch gutgeheißen. Deshalb meine ich, daß es keinen Grund gibt, über den FAP beunruhigt zu sein.

Was sind die durch den FAP hervorgerufenen Umweltrisiken, die Sie vorhersehen, im allgemeinen oder in irgendeinem speziellen Gebiet?

Ich denke nicht, daß es irgendwelche negativen Auswirkungen in gut geplanten und gut durchgeführten FAP-Projekten geben wird.

Die meisten Menschen wissen nichts über den FAP, der das größte je in Angriff genommene Entwicklungsprojekt in Bangladesh ist. Es ist weder im Parlament noch in den Medien angemessen diskutiert oder debattiert worden. Dies scheint darauf hinzuweisen, daß die Bevölkerung im Planungsstadium nicht angemessen beteiligt wird. Ihr Kommentar bitte.

Ich denke, der Punkt muß noch einmal beteuert werden, daß nie-

mand weiß, was der FAP sein wird. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt laufen noch eine Menge Studien, und Vorschläge müssen entwickelt werden, aber es gibt noch keinen konkreten Entwurf für den FAP, und es gibt kaum einen definitiven Plan für zumindest die nächsten 18 Monate oder zwei Jahre. Einige Leute haben eine Menge wilder Vermutungen über das angestellt, was unter dem FAP passieren wird. Ich sehe das oft in den Zeitungen und höre Leute über die massiven Eindeichungspläne durch den FAP reden. Das alles ist Unsinn, absoluter Unsinn. Die Tatsache bleibt, daß es zu diesem Zeitpunkt des FAPs keine konkreten Vorschläge für größere Eindeichungen in Bangladesh gibt.

Während des Untersuchungszeitraumes in den nächsten zwei Jahren werden wir, wenn Empfehlungen für Eindeichungen zur Sprache kommen, diese überprüfen und herausfinden, wie geeignet sie sind. Und, die Bevölkerung würde definitiv über das gesamte Projekt informiert. Aber gerade jetzt gibt es keine Projektvorschläge für neue Eindeichungen.

Es wird geschätzt, daß 7,5 Millionen Menschen umgesiedelt werden müßten, wenn die erforderlichen Baumaßnahmen voll zum Tragen gekommen sind. Wir möchten gerne wissen, wie diese Schätzungen gemacht worden sind?

Wir wissen nicht, wie diese Schätzungen gemacht worden sind. Wir haben keine Ahnung, woher die Leute diese Zahlen haben. Ich denke, die Zahlen, über die gesprochen wird, sind lediglich lebhaft effekte Schererei. Ich würde überrascht sein, wenn die Zahl irgendwo bei 1,5 Millionen läge, das sind dann die Leute, die auf den Inseln in den Flüssen (charland) leben.

Wir haben von einem Fall gehört, vorgelegt vom 'International Water Tribunal' (IWT) im Namen von 40.000 Menschen der

Jamuna (Brahmaputra)-Inseln, in dem man sich darüber besorgt, daß der FAP weder umweltfreundlich, sozial, legal noch technisch einwandfrei sei.

Ich habe keine genaue Kenntnis von diesem Sachverhalt. Jedoch, ich erinnere mich, daß Dr. Faruque Ahmed, der sich selbst Umweltschlichter nennt, den Sachverhalt auf der Flut-Kontroll-Konferenz anschnitt (siehe dazu auch Interview mit ihm, d.Red.). Er schnitt das Problem auf der Konferenz an und sagte, daß der FAP illegal sei und es kein Mandat für den FAP gäbe und daß es er nicht legal sei. Ich denke, daß auf der Konferenz ausführlich auf seine Beanstandungen von kompetenten Anwälten eingegangen worden ist, die sagten, daß er in seinen Vermutungen falsch läge.

Ich bin nicht sicher, ob das 'International Water Tribunal' (IWT) ein legales Gremium ist - es ist eine Art 'pressure-group'. So bin ich nicht sicher, ob es selbst ein legales Dasein führt und irgendeinen Status als solches hat. Es gibt berechtigte Sorgen über die Teilnahme der Bevölkerung am FAP und an jedem Entwicklungsprogramm. Ich meine, daß der FAP zum ersten Mal in dem Entwicklungsprozeß in Bangladesh einen Maßstab setzt, die möglichen Optionen mit den Menschen, die betroffen sind, zu diskutieren. Das haben die Regierung und die Geberländer kategorisch vereinbart. Dieses wurde auf der Flutkonferenz im März zur Sprache gebracht und ausführlich diskutiert. Ich glaube, daß es Leute gibt, die wirklich und aufrichtig besorgt sind. Der FAP wird sehr genau Antworten auf ihre Fragen geben. Das ist etwas, das die Weltbank als Koordinator der Anstrengungen der Geberländer sehr streng prüfen wird, und ich hoffe, daß die Regierung Bangladeshs in gleicher Weise empfindet.

(Übersetzung: Siegfried Schmidt)

"Die Regierung macht, was sie will"

Interview mit Rosaline Costa, Mitarbeiterin von Caritas/Bangladesh (Human Rights Coordinator/Commission for Justice and Peace):

Wie steht es derzeit um die Menschenrechte im Land. Gibt es Verbesserungen, seit die neue Regierung an der Macht ist?

Nein, ganz im Gegenteil. Die Situation wird immer schlechter. Beispielsweise wird der 'Special Powers Act' (SPA) immer häufiger willkürlich angewandt (zum SPA siehe auch 'Südasiens', 6/92). Wir spüren überhaupt nichts von Demokratie in diesem Land. Die Regierung macht, was sie will (die in Dhaka erscheinende Wochenzeitschrift 'Holiday' berichtet diesbezüglich am 14. August 1992: "The abuse of the controversial Special Powers Act of 1974 by the Government is taking place on a very large scale. Indeed there is now ground for believing that extortion is connected with the illegal use of the hated Special Powers Act. According to official sources, the High Court division of the Supreme Court had declared as illegal the detention of 1742 persons under the Special Powers Act during the one-year period ending last month. During this period, that is August of 1991 to July of 1992 the High Court Division gave decisions in 1795 habeas corpus cases involving detention by the Special Powers Act. The court found that only 53 out of the 1795 detainees had been lawfully kept behind bars. The number of illegal detention is very high indeed...The High Court sets a detainee free when it finds that either he has been illegally detained or the reason for detaining him any further no longer exists. In either case the detention is an abuse of the law which the government had been doing merrily while swearing to the gullible public by democracy, accountability and transparency...The High Court division found that in most cases the victims had been arrested and kept behind bars without an acceptable reason...This is why lawyers, politicians and human rights volunteers suspect that in good many cases people are being detained under the Special Powers Act to pressure the victims to pay bribe to get released." In

ihrer Ausgabe vom 4. September berichtet 'Holiday' über die "Operation August 92" der Regierung. Innerhalb eines Monats hätten die Sicherheitskräfte über 24.000 verdächtige Kriminelle und Terroristen festgenommen. Seither saßen 40.000 Gefangene in den 72 Gefängnissen des Landes, die jedoch nur eine Kapazität von 13.500 hätten)

Sie haben den SPA erwähnt. Gegen wen wendet die Regierung den SPA an?

Das betrifft vor allem junge Leute, die unter dem SPA verhaftet und eingesperrt werden. Wenn wir uns für eine bestimmte Person einsetzen finden wir immer wieder heraus, daß eigentlich überhaupt kein Grund für eine Verhaftung vorliegt. Wir haben viele Fälle vor Gericht gebracht. In den Chittagong Hill Tracts sind derzeit über 100 Fälle vor Gericht anhängig, wo Personen unserer Auffassung nach ohne Grund in Haft sitzen. So schlimm war es früher nicht (unter Ershad, d.Verf.).

Wird der SPA vor allem gegen Jugendliche aus den Chittagong Hill Tracts angewandt oder haben auch andere darunter zu leiden?

Die Jugendlichen in den Chittagong Hill Tracts sind ganz besonders von willkürlichen Verhaftungen betroffen. Aber auch in anderen Landesteilen kommt dies vor. So werden Leute willkürlich verhaftet, weil sie angeblich Mitglieder der Sarbahara Partei (die Partei ist als terroristische Vereinigung verboten. Sie agiert aus dem Untergrund, d.Verf.) oder anderer Parteien sein sollen. Viele, die verhaftet werden, kennen ja die Gesetze nicht und so wissen sie auch nicht, wie sie sich verteidigen können.

Walter Keller